

Fadegrad



von
Stefan Urech

«Ich gelobe es!»

Es war Richard Wolffs letzter Auftritt als Vorsteher des Zürcher Sicherheitsdepartements, als er vor drei Wochen den diesjährigen AspirantenInnen der städtischen Polizeischule den Eid abnahm. Dies geschah im Rahmen einer feierlichen Zeremonie in der St. Peterskirche. Polizeikommandant Blumer las den Wortlaut vor: «Ich gelobe, Verfassung, Gesetze und Dienstweisungen zu achten, meine Pflichten ohne Ansehen der Person nach bestem Willen zu erfüllen, mich jederzeit an die Wahrheit zu halten und gegenüber Dritten über meine dienstlichen Handlungen und Wahrnehmungen streng verschwiegen zu sein.» Die angehenden PolizistenInnen traten danach, einer nach dem anderen, vor Richard Wolff und schworen «Ich gelobe es!». Dem einen oder anderen Aspiranten mag es wohl seltsam vorgekommen sein, dem Stadtrat in diesem Moment in die Augen zu schauen. Diese Loyalitätsbezeugung erfolgte nämlich ausgerechnet vor einer Person, dessen Partei (AL) mit 1. Mai-Krawallmachern und Hausbesetzern sympathisiert. So bezeichnete Wolff einst den «Schwarzen Block», der schon viele von ihnen bespuckt, beschimpft oder gar körperlich bedroht hatte, als eine «interessante Ergänzung» für die «Vielfalt und Buntheit der Meinungen». Nach der vierjährigen Konfrontation mit der knallharten Realität des Polizei-Alltags würde Wolff diese Äusserung wohl kaum wiederholen. Doch der AL-Stadtrat setzte schon bald zu einer neuen Provokation gegen sein eigenes Korps an. Während der letzten zwei Jahre bewirtschaftete er zusammen mit seiner Partei medienwirksam die Thematik des «Racial Profiling». Mit diesem Begriff beschuldigt man die Polizei, sich bei ihrem Handeln durch die ethnische Zugehörigkeit einer Person beeinflussen zu lassen. Das gesamte Korps wurde vom Vorsteher des Sicherheitsdepartements unter den Generalverdacht des Rassismus gestellt. Kurz nach dieser von willkürlichen Anklagen gegen Polizisten begleiteten Kampagne verkündete Wolff den Beginn des Pilotversuchs mit Bodycams. Vordergründig erklärte er, dass die auf der Brust getragenen Kameras «präventiv gewalttätige oder verbale Übergriffe» auf Polizisten verhindern sollen. Der Projektbeschreib deutet aber in eine andere Richtung. Die zwei wichtigsten Ziele des Bodycam-Pilotprojekts sind nämlich die «Analyse der polizeilichen Praxis bei Personenkontrollen» und die «Überprüfung der bestehenden Beschwerdemöglichkeiten gegen die Stadtpolizei». Die Bodycams dienen folglich in erster Linie zur Überwachung des Polizeikorps. Deshalb wird diese durch Stadtrat Wolff eingeführte Massnahme von einem beträchtlichen Teil des Korps als Misstrauensvotum empfunden. Ohne grundsätzliches Vertrauen der politischen Behörde gegenüber der Polizei verkommt die zeremonielle Eidablegung in der St. Peterskirche zur reinen Show.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Selbstbedienungsladen Sozialhilfe: grenzenlos offen

Die Schweiz bekommt den systematischen Sozialhilfemissbrauch nicht unter Kontrolle: viele Bezüger zeigen keinerlei Motivation, um sich für den Arbeitsmarkt fit zu machen – sie nutzen den Sozialstaat aus. Auf Weisung der Stadtregierung stört dies die hiesigen Sozialämter allerdings nicht mehr. Die beiden SVP-Gemeinderäte Stefan Urech und Dubravko Sinovcic erzwangen mit einer Interpellation eine Diskussion über diese gefährliche Kehrtwende.



Samuel Balsiger
Gemeinderat SVP
Zürich

Immer mehr Personen machen es sich in der Hängematte des Sozialstaates gemütlich. Und zwar langfristig. Der linke Departementsvorsteher reagiert auf den Missbrauch mit einem irrwitzigen Strategiewechsel: er nimmt den Druck, Arbeit finden zu müssen, weg. Bei motivationslosen Sozialhilfebezügern setzt die Stadt nun gänzlich auf die «Eigenmotivation». Sprich: wer keinen Bock hat, aufzustehen, soll ruhig auf dem Sofa liegen bleiben. Und es bleiben viele liegen.

Schädliche Einwanderung

Im Zuge der Masseneinwanderung findet ein regelrechter Raubzug auf die Schweizer Sozialwerke stattfindet. In einer städtischen Mitteilung klingt das dann so: «Die Fallzahlen in der Sozialhilfe steigen kontinuierlich an. Betroffen sind immer mehr schlecht ausgebildete Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt keinen Platz mehr finden.»

Zulasten der Einheimischen

Seit Einführung der vollständigen Personenfreizügigkeit 2007 sind die Sozialhilfekosten schweizweit explodiert. Einerseits findet eine direkte Einwanderung in die Sozialwerke statt. Andererseits treibt der Migrantenansturm die Wohnungsmieten und Krankenkassen-

prämie in die Höhe, was unter den Einheimischen den sozialen Abstieg bewirken kann. Zudem findet speziell bei über 50-jährigen Arbeitnehmern eine strukturelle Verdrängung durch Billig-Konkurrenz aus der EU statt. So werden auch viele Schweizer in die Sozialhilfe getrieben, die eigentlich qualifiziert sind und arbeiten wollen. Diese asoziale Entwicklung zeichnet sich schon seit über zehn Jahren ab. Die Schrauben müssen auf allen Staatsebe-

nen also endlich massiv angezogen werden, um den Migrationsdruck in die Schweiz zu stoppen. Dass die oberlinke Stadt Zürich genau das Gegenteil macht, liegt ja schon fast in der Natur der Sache. Die Gutmenschen rennen halt zwangsläufig in die falsche Richtung, sonst wären es keine Linken.

Sozialer Frieden ist bedroht

Die beste Lösung lag zudem bereits in Griffweite. Doch federführend hat die

FDP mit Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative die soziale Verbesserung verhindert und unsere Verfassung gebrochen. Selbst die NZZ als Hauszeitung der Partei schreibt neuerdings: «Der Wohlstand macht Europa zum Magneten für Einwanderungsströme aus Afrika und Asien. Man kann offene Grenzen haben oder den Sozialstaat.»

Eine qualifizierte, eigenständig gelenkte, massvolle Migration ist erwünscht. Offenheit ist eine zentrale Stärke der Schweiz. Doch entweder stoppen wir die schädliche Masseneinwanderung oder der soziale Frieden ist akut bedroht.

SCHLUSSBERICHT ZUR «TANZ- UND THEATERLANDSCHAFT»

Eine verpasste Chance

Der Stadtrat lässt sich mit der Bestandesaufnahme ein gutes Zeugnis ausstellen. Statt Innovation bringt er mehr vom Selben und scheut selbst vor zusätzlichen Ausgaben nicht zurück. Die Konklusionen des Schlussberichtes sind für die SVP ernüchternd und sind Zeugen des mangelnden Interesses des Stadtrats und der Kulturschaffenden an einer zukunftsorientierten, finanziell nachhaltigen Neuausrichtung dieser hochsubventionierten Szene.

sVP. Die Bestandesaufnahme des österreichischen Consulting Büros ICG zur «Zürcher» Tanz- und Theaterlandschaft ergab sechs Befunde, an deren Objektivität die SVP zweifelt. Denn bei der Analyse sind die Subventionsempfänger massgeblich einbezogen worden. So überrascht es kaum, dass gemäss Analyse in Zürich – mit notabene über 4000 Vorstellungen pro Jahr bzw. rund 11 pro Tag – kein Überangebot bestehen soll. Zwar werden Überschneidungen festgestellt, dies wird jedoch nicht als Problem taxiert. Im Gegenteil: Konklusion ist, dass es in Zürich durchaus noch mehr Kultursubventionen verträgt. Ein Ende der Fahnenstange ist also nicht

abzusehen. Mit der vom Stadtrat favorisierten Konzeptvariante «Öffnung» droht statt einer Fokussierung ein Ausbau des kulturellen Angebots. Dabei will der Stadtrat mehr Geld in die Hand nehmen. Im Zwischenbericht wurde zwar die «Budgetneutralität» gefordert und galt als eine der «Leitplanken der Konzeption». Im Schlussbericht wird dieser Begriff aber bereits auf der ersten Seite relativiert und erstreckt sich nur noch «auf wiederkehrende Gelder, nicht auf einmalige Investitionen». Für den millionenschweren Bau einer neuen Bühne, für einmalige Zahlungen an bestehende Häuser oder für Subventionen von Einzelprojekten würde der Stadtrat also zusätzliche Gelder sprechen müssen. Ausserdem handelt es sich bei der vom Stadtrat favorisierten Konzeptvariante, gemäss den auf den letzten Seiten des Berichts erwähnten Einschätzungen von externen Experten «sicherlich um die kostenintensivste».

petenzen entzogen werden, indem eine Tanz- und Theater Jury eingesetzt wird, die mit dem Segen des Stadtrats Gelder für vier bis sechs Jahre sprechen kann. Faktisch wird der Gemeinderat dadurch entmündigt: Das Parlament soll zukünftig nur noch über einen grossen Rahmenkredit ohne Weisungsvorgaben befinden dürfen. Die angestrebte kritische Analyse der Kulturlandschaft verkommt damit zu einer Selbstbeweihräucherung. Der Mut, eine wirkliche Umstrukturierung der Kulturszene Zürich, die die breite Bevölkerung von jung bis alt anspricht, fehlt vollkommen. Die SVP sieht in den schönfärberischen und insgesamt zu wenig konkretisierten Befunden der grossangelegten Analyse eine verpasste Chance für eine Öffnung, die diesen Namen verdient. Die SVP setzt sich bei der politischen Umsetzung des Konzepts maximal für eine Plafonierung der Ausgaben, für mehr publikumsorientierte Ausrichtung und Wettbewerb im Tanz- und Theaterbereich ein. Die SVP wird das mit einem entsprechenden Vorstoss einfordern.

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 10. Juni 2018

Vorlagen Stadt Zürich

1. Tagesschule 2025: Pilotphase II des städtischen Pilotprojekts mit gebundenen Tagesschulen an der Volksschule, Objektkredit von 74,57 Millionen Franken für die Jahre 2018–2022	NEIN
2. Gemeinnütziger Wohnungsbau auf dem Koch-Areal, Quartiere Albisrieden/Altstetten, Übertragung der Wohnbaufelder vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit von 35,126388 Millionen Franken und Genehmigung Projektierungskredit (Eventualverpflichtung) von 6,887 Millionen Franken	NEIN
3. Volksinitiative «Wohnen und Leben auf dem Koch-Areal»	JA
4. Volksinitiative «Freier Sechseläutenplatz» und Gegenvorschlag des Gemeinderats A. Volksinitiative «Freier Sechseläutenplatz» B. Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Volksinitiative «Freier Sechseläutenplatz» C. Stichfrage: Gegenvorschlag des Gemeinderats zur V1 «Freier Sechseläutenplatz»	NEIN JA GV ANKREUZEN
5. Gartenareal Dunkelhölzli mit Erneuerung Wirtschaftsgebäude, Bachöffnung, Hochwasserschutz, Objektkredit von 10,51 Millionen Franken	NEIN
6. Bürogebäude Eggbühlstrasse 21/23/25, Quartier Seebach, Instandsetzung und bauliche Anpassungen für die städtische Verwaltung, Übertragung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit von 119,063 Millionen Franken	NEIN
7. Neue kommunale Wohnsiedlung Herdern, Quartier Aussersihl, sowie Energie-Contracting, Objektkredit von 28,565 Millionen Franken	NEIN
8. Ausbildungszentrum Rohwiesen, Opfikon, Erweiterung und Instandsetzung, Integration Sporthalle für die Schule Auzelg, Objektkredit von 118,84 Millionen Franken	JA
9. Areal Herdern-, Bienen- und Bullingerstrasse, Quartier Aussersihl, Erweiterung VBZ-Busgarage Hardau und Ersatzneubau ERZ-Werkhof, Übertragung des Grundstücks vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit von 57,44 Millionen Franken	NEIN
10. Grundstück Mühleweg, Escher-Wyss-Quartier, Neubau für die Kriminalabteilung der Stadtpolizei, Übertragung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit von 82,37358 Millionen Franken	JA

Kompetenzentzug

Mit Befremden nimmt die SVP zur Kenntnis, dass dem Gemeinderat Kom-

LESERBRIEF

Verknüpfung von Firmensteuern und AHV

In den letzten Wochen hat sich das Ständeratspäckli «Revision der Unternehmenssteuern verknüpft mit der Zusatzfinanzierung der AHV» in den Schreibstuben der Medien festgesetzt. Tatsächlich versuchen Protagonisten im Ständerat das Scheitern der Unternehmenssteuer- und Rentenreform auf eine simple aber auch verhängliche Formel: «ein Steuerfranken für ein AHV-Franken» zu reduzieren. Vorlagen nota bene, die nichts miteinander zu tun haben. Die Verknüpfung der beiden Reformen verletzt den Grundsatz der Einheit der Materie in krasser Weise.

Die Verknüpfung von zwei völlig sachfremden Gebieten hebt die Volksrechte und damit die direkte Demokratie aus. Wenn solche Vorlagen Schule machen, ist der Weg geebnet, inskünftig die abstrusendsten Themen in ein Abstimmungspaket zu stecken. So könnte zum Beispiel eine zukünftige Abstimmungs-Verknüpfung lauten: «Wollt ihr Kampffjet-Milliarden zustimmen und wollt ihr eine Gratskinderkrippe für alle»? Das Volk könnte nur noch Ja oder Nein zum Gesamten sagen. Die direkte Demokratie ginge so noch schneller flöten. An ihre Stelle würde eine parlamentarische Demokratie treten, die unser Land aber nie wollte. Im Übrigen würden Kanton und Gemeinden diese verhängliche Praxis schnell übernehmen. Die Verknüpfungsidee stammt aus der Dunkelkammer sprich Ständerat im Bundeshaus. Massgeblich sollen die CVP-Stän-

deräte Konrad Graber und Pirmin Bischof sowie die FDP Ständerätin Karin Keller-Sutter an dieser Idee basteln. Wie man vernimmt, ist die angestrebte Lösung gar nicht so schlecht angekommen. Zumindest nicht bei den Linken. Für die ist allerdings jede Art Umverteilung höchst willkommen (kein Risiko, keine Eigenverantwortung). Tatsächlich ist aber, dass finanzpolitisch die Rechnung negativ abschliesst: Mindereinnahmen bei den Firmensteuern und höhere staatliche Zuschüsse an die AHV. Schlimmer als die finanzielle Auswirkung in der erwähnten Verknüpfung ist, dass Parlamentarier in Bern sitzen, die ihre Verfassungstreue missbrauchen. Und das in einem Land, das sich auf seine Rechtsstaatlichkeit etwas einbildet. Pflicht der Parlamentarier ist es, die Stimmberechtigten für eine Vorlage zu überzeugen, die unser Land bezüglich Wettbewerb und Wohlstand langfristig weiterbringt. Und wenn die das Volk dennoch ablehnt, muss der Souverän die Konsequenzen akzeptieren und tragen. Wenn ich daran denke, dass die drei erwähnten Ständeräte als mögliche zukünftige Bundesräte gehandelt werden, frage ich mich allen Ernstes, ob sie mit ihrem Vorpellen nicht zuerst eigennützig an ihr persönliches Weiterkommen gedacht haben? Zumindest merken sie nicht, dass sie mit dieser Art Politik Recht brechen und der direkten Demokratie Schaden zufügen.

Karl Meier-Zoller, Effretikon